

Presseerklärung zum 75 Jahrestag des Atombombenabwurfs auf zwei japanische Städte

Vor 75 Jahren warfen US-Flieger Atombomben auf zwei japanische Städte ab.

Am 6. August 1945 auf Hiroshima und drei Tage später auf Nagasaki. Hieran erinnert die Darmstädter Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen in einer Presseerklärung.

Es waren die ersten Atombomben, die in einem Krieg eingesetzt wurden. In Hiroshima starben fast 140 Tausend, in Nagasaki etwa 70 Tausend Menschen. Die beiden Städte wurden weitgehend zerstört, hinzu kommen die akut Verletzten und die gesundheitlichen Langzeitschäden durch die auch damals bekannten Folgen von Atomstrahlung. Weitere Tausende Menschen starben an den Folgen der Atomstrahlung. Über die Hintergründe wird heftig gestritten, dienten sie dem schnellen Ende des Krieges oder war es eine Machtdemonstration der US-Regierung und/oder eine Testung der Atombomben? Wir fragen, haben die Regierungen der Welt aus dieser Katastrophe gelernt? Hat sich jemals ein US-Präsident für diesen Abwurf entschuldigt und gab es Angebote einer „Entschädigung“? Gab es gar Konsequenzen der internationalen Politik? Leider nein! Stattdessen überboten sich die beiden Großmächte in ihren Rüstungsanstrengungen. Und auch die Bundesrepublik Deutschland strebte bereits in den 1950er Jahren eine atomare Bewaffnung der neu gegründeten Bundeswehr (mit alten Nazi-Generälen an der Spitze) an. Heute besitzen 9 Staaten (USA, Russland, Frankreich, China, Großbritannien, Pakistan, Indien, Israel und Nordkorea) Atombomben.

Art 26 Grundgesetz:

(1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Die Opfer von Hiroshima und Nagasaki sowie die Opfer der über 2000 Atomwaffentest mahnen uns, für eine Welt ohne Atomwaffen einzustehen. Heute bedrohen uns weltweit noch immer mehr als 13.000 Nuklearwaffen! Die Atommächte planen, Milliardensummen in die Aufrüstung ihrer Arsenale zu investieren - alleine 2019 gaben sie 73 Milliarden US-Dollar für Atomwaffen aus. Auch in Deutschland sollen neue Trägerflugzeuge für die Atombomben in Büchel angeschafft werden. Damit würde die nukleare Teilhabe für die kommenden Jahrzehnte festgeschrieben. Vor zehn Jahren beschloss der Deutsche Bundestag, die Atomwaffen in Deutschland (Büchel) abzuziehen. Doch nichts ist geschehen.

Wir fordern von der deutschen Bundesregierung:

keine neuen Kampfflugzeuge für einen Atomwaffeneinsatz zu beschaffen
Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres Einsatzes zu ächten
den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Darmstadt 5. August 2020